



# Der Herbst des Patrioten

**Italien** Premierminister Matteo Renzi will sein Land von Grund auf verändern. Selbst Kritiker billigen ihm Reformwillen und Führungsstärke zu. Doch erst in den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob er sich mit seinen großen Plänen wirklich durchsetzen kann.

**A**ls Redner ist er ein Ereignis. Matteo Renzi spricht frei, fehlerlos und in kunstvoll verschachtelten Kadenzen. Gleichzeitig fuchelt, grimassiert und balzt er – um sein Publikum.

Aber was taugt Renzi als Reformers? Der Termin an diesem Tag Ende August, ein Referat vor Tausenden Katholiken in

Rimini, ist der erste große Auftritt des Premiers nach der italienischen Sommerpause – und der letzte, bevor es im September endgültig ernst werden soll. Ein „autunno caldo“, ein heißer Herbst, wird dem 40 Jahre jungen Regierungschef vorhergesagt.

Italien müsse seine Selbstblockade beenden, fordert Renzi von der Tribüne

herab. Es solle sich wieder als „Land der Gelegenheiten, nicht des Gejammers“ begeben.

Die Zuhörer belohnen den linken Premier mit Applaus. „Wir müssen wieder rennen lernen“, ruft Renzi, „und unser Reformprogramm zu einer Art Turboantrieb für Italien machen.“

FOTO: PIETRO MASTURZO



**Italienischer Regierungschef Renzi**

„Wir müssen wieder rennen lernen“



Matteo Renzi, Italiens jüngster Regierungschef seit der Staatsgründung 1861, hat in den anderthalb Jahren seit seinem Putsch gegen den Amtsvorgänger Enrico Letta bereits ein beachtliches Tempo vorgelegt. Nun allerdings drohen Renzis Rivalen, allen voran jene in seiner sozialdemokratischen Partei, mit einem „Vietnam“.

Im Zentrum der seit Monaten andauernden innenpolitischen Scharmützel steht die Verfassungsreform. Renzi plant unter anderem die Entmachtung des Senats – einen Schritt, dem die mit monatlich 16 000 Euro besoldeten Senatoren im September selbst zustimmen müssten. Gesetze sollen dadurch künftig schneller beschlossen werden können, die bisherige Praxis fruchtloser Pingpong-Duelle zwischen Abgeordnetenhaus und Senat hätte ein Ende.

Doch nicht nur die Opposition fordert Änderungen am Verfassungsentwurf, sondern auch eine 28 Abgeordnete starke Minderheit von Senatoren aus Renzis Partito Democratico. Setzten sich die Gegner durch, würde das zur Kernreform erklärte Projekt weiter verzögert und der chronisch ungeduldige Premier erheblich gebremst. „Unglaublich“ sei dieses endlose Hin und Her, zürnt Renzi mit hochrotem Kopf beim Auftritt in Rimini. Für den Fall, dass sein Fahrplan am Widerstand der Parteifreunde scheitert, lässt er mit Neuwahlen drohen.

In Rom steht viel auf dem Spiel, dieser Tage. Das belegt nicht zuletzt ein offener Brief von 209 Vertretern des vorwiegend norditalienischen Geldadels und Bürgertums, den der „Corriere della Sera“ abdruckte: „In nur 18 Monaten hat diese Regierung Dinge geschafft, die keiner anderen vorher gelungen sind“, heißt es darin.

33 Reformen listen die Unterzeichner lobend auf, darunter 20 abgeschlossene: angefangen beim neuen Wahlgesetz über Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und der Steuerflucht bis hin zur Reform des öffentlichen Dienstes. Renzis „Entschlossenheit, die Lage in diesem Land wirklich zu ändern“, dürfe unter keinen Umständen durch Manöver „professioneller Neinsager“ zunichtegemacht werden.

Seit Februar 2014 überrollt eine Reformlawine die Gremien und Ausschüsse der Parlamentskammern – ein „gewaltiger Schock“, so nennt es einer der Renzi-Vertrauten im kleinen Kreis, sei da ausgelöst worden, um Italiens erstarrtes System neu in Form zu bringen.

Wie aber sieht die Zwischenbilanz des Mannes aus, der sein ganzes Land umbauen will?

Vieles wurde begonnen, aber wenig Messbares bisher bewirkt. Die von Renzi und seiner Mannschaft eingespeiste Menge an Energie ist beträchtlich; die Materie allerdings träge. Renzi versucht, an mehreren Fronten zugleich Fesseln zu lösen: in der Verfassung, an den Hebeln der Volkswirtschaft, in den Köpfen der Landsleute.

Letzteres ist Renzis größtes Problem – weil mit Reformen nicht zu lösen. Das Misstrauen der Italiener gegen ihren Staat ist historisch gewachsen und durch die Parteienskandale der frühen Neunzigerjahre sowie die zwei Jahrzehnte währende Ära Berlusconi weiter gediehen.

Nicht nur Karikaturisten sehen Renzi deshalb als einen, der zwar kräftig mit Armen und Beinen rudert – aber dennoch gefangen bleibt im „pantano“, im landestypischen Sumpf. Bürokratie und Korruption, Spekulativwirtschaft und Steuerbetrug, Kleinkriminalität und organisiertes Verbrechen – all das wird geduldet, wenn nicht sogar gebilligt von Teilen der als „casta“ verschrienen Politikerklasse. An diesem Erbe hat Renzi schwer zu tragen.

Und doch rennt er, seinem Naturell entsprechend rauflostig und schwer zu beirren, weiter gegen die Widerstände an. „100 Tage harten Kampf“ und eine Reform pro Monat kündigte Renzi gleich zu Beginn an. Inzwischen gilt die Losung, nötig seien zumindest „1000 Tage, um Italien zu verändern“. Großspurigen Versprechungen des Regierungschefs folgen häufig Kurskorrekturen. Der Glaubwürdigkeit schadet das bisher nur bedingt – unter anderem, so der „Corriere“-Kolumnist Beppe Severgnini, weil „das Gedächtnis italienischer Wähler etwa so weit reicht wie jenes von Goldfischen, nämlich vier Sekunden“.

Von 40,8 Prozent bei der Europawahl 2014 ist die Partei des Premiers laut Umfragen auf 32,5 Prozent zurückgefallen. Auch die Zustimmung für Renzi selbst bröckelt; mit einer Rate von 30 Prozent liegt er nur noch 8 Punkte über dem Wert, den Matteo Salvini erzielt, Chef der fremdenfeindlichen Lega Nord. Rechnet man Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung und Silvio Berlusconi's Forza Italia hinzu, kommen die EU-skeptischen Parteien derzeit auf fast 50 Prozent.

Doch Renzi, von Angela Merkel spöttisch bewundernd als „Matador“ betitelt, verteidigt Europa weiter mutig als seine Vision; und von Demoskopen ist er sowieso nicht zu bremsen. Zwei volle Legislaturperioden an der Spitze der Exekutive sind, so sagt er, sein Ziel – Machterhalt also bis zum 22. Februar 2024. Mit zehn Jahren ununterbrochener Amtszeit hätte er dann den Durchschnittswert italienischer Nachkriegsregierender um tausend Prozent übertroffen.

In erster Linie sieht sich der Premier in der Pflicht, die Beschäftigung zu steigern. Italien hat sieben magere Jahre hinter sich; die Industrieproduktion ist um ein Viertel eingebrochen, und die Arbeitslosigkeit liegt bei zwölf Prozent. Die Quote der Jugendlichen ohne Job erreichte im Juni einen historischen Höchststand. Und das, obwohl Unternehmer, die neue Mitarbeiter fest anstellen, mittlerweile drei Jahre lang keine Sozialbeiträge mehr zahlen müssen.

Das im Obama-Stil „Jobs Act“ getaufte Gesetz zur Liberalisierung des streng regulierten Arbeitsmarkts gestattet Unternehmern nun, neue Mitarbeiter schneller zu entlassen; es verpflichtet sie aber auch, langjährigen Betriebsangehörigen mehr Rechte zu garantieren. Der linke Flügel der Renzi-Partei, in dem rigider Kündigungsschutz zum Glaubensbekenntnis zählt, verstand den Jobs Act richtigerweise als Renzis erste Kriegserklärung.

Seit Kurzem wächst die drittgrößte Volkswirtschaft im Euroraum wieder, nach drei aufeinanderfolgenden Jahren der Rezession. Doch sie wächst langsam: plus 0,5 bis 0,7 Prozent, lautet die Prognose für 2015.

Der zaghafte Anstieg sei aber nicht der Politik des Premiers, sondern günstigen



Protest vor Renzi-Plakat in Mailand: „Denen muss man Italien wegnehmen“

Rahmenbedingungen geschuldet, so Renzis Parteifreund, der Wirtschaftsexperte und Senator Massimo Mucchetti: „Niedrige Zinsen, niedrige Preise für Öl und Rohstoffe sowie der schwache Euro“ spielten dem Regierungschef in die Karten. Er erlaube sich, so Mucchetti, deshalb die Frage: „Von welchem Aufschwung reden wir?“

Zwar wird an den Finanzmärkten nicht mehr gegen Italien spekuliert; sein Land sei, sagt Renzi, „aus der Schusslinie“ – ein Erfolg, den er nicht zuletzt seiner eigenen Tatkraft zuschreibt. Aber in der engeren Umgebung des Premiers fehlt es nicht an warnenden Stimmen. Mehr als die Lage in Griechenland, merkte zuletzt Giorgio Squinzi an, Chef des italienischen Industriellenverbands, beunruhigte ihn, „dass Italien nicht in Schwung kommt“.

Auch der Wirtschaftsminister macht sich Sorgen. Pier Carlo Padoan, 65, ehemals Chefökonom der OECD, ist ein nüchterner Professorentyp im Nadelstreifenanzug, der mit venezianischem Akzent nuschnelnd davor warnt, Geschenke zu verteilen, solange deren Finanzierung nicht geklärt sei. Die von Renzi versprochene „kopernikanische Wende“ in der Steuerpolitik, die bis 2018 mindestens 45 Milliarden Euro reduzierte Abgaben vorsieht, erfordere strikte Haushaltsdisziplin, sagt Padoan: „Steuersenkungen müssen einhergehen mit Einschnitten bei den Ausgaben.“

So wie er da sitzt, beim Treffen mitten in der römischen Altstadt, lässt er erkennen, dass Jubel in der aktuellen Situation verfrüht sei: „Mein lieber deutscher Freund Schäuble“, sagt Padoan, „hat in Bezug auf Italien drei Lieblingswörter: ‚implementation, implementation, implementation‘ – und er hat recht; die Reformen müssen umgesetzt werden.“

Das neue Wahlgesetz zählt zu den von Renzi meistgepriesenen Errungenschaften – „eine Revolution“, so sagt er. Es tritt am 1. Juli 2016 in Kraft und soll mithilfe

eines verschärften Mehrheitswahlrechts für stabilere Verhältnisse im Abgeordnetenhaus sorgen. Die Partei des Wahlsiegers erhält einen Bonus und 54 Prozent aller Sitze im Parlament zugesprochen. Italiens Premiers sollen künftig fester im Sattel sitzen – und nicht mehr, wie Diplomaten in Rom erzählen, beim Antrittsbesuch im Ausland die Frage zu hören bekommen, wie lange sie wohl im Amt bleiben dürften.

Doch was wäre, wenn dieser Zugewinn an Macht eines Tages den Falschen zugutekäme? Renzis parteiinterne Rebellen wittern hinter den Reformen des Premiers die Gefahr einer Rückkehr zu den autoritären Strukturen der Zwischenkriegszeit. Das neue Wahlgesetz, kombiniert mit der geplanten Verfassungsreform, drohe die italienische „Demokratie zu entstellen“, warnte Pier Luigi Bersani am letzten Augustsonntag vor Tausenden Anhängern in Reggio Emilia.

Der nahezu kahlköpfige Veteran, Mitglied der kommunistischen PCI bis zu deren Auflösung 1991, gehört zu Renzis Vorgängern im höchsten Parteiamt und gilt als Wortführer der orthodoxen Linken.

Einer wie Renzi, so Bersani, mag ja mit der neuen Machtfülle umgehen können – aber was, wenn danach ein Volksverführer kommt? Renzis wesentliche Gegenspieler im Land sind: ein ehemaliger Komiker, ein rechter Hetzer und ein vorbestrafter Millionär.

Viele Italiener trauen sich selbst nicht über den Weg. Den Soundtrack dazu liefert das Bonmot des Sängers Giorgio Gaber: „Ich habe keine Angst vor Berlusconi an sich, ich habe Angst vor dem Berlusconi in mir.“ Renzi aber, der sein Land rüsten will für den globalen Wettbewerb, braucht Leute, die sich trauen.

Am Regierungssitz Palazzo Chigi neigt der Premier dazu, das meiste allein zu entscheiden; und er stößt Reformen an mit

dem Ziel, weniger Menschen mehr Macht zu übertragen. Schuldirektoren werden künftig eigenständiger, aber auch rechen-schaftspflichtiger; Beamte sollen leistungsabhängig bezahlt werden; die über hundert Provinzen samt ihren Fürsten sollen abgeschafft, die 20 italienischen Regionen in ihren Vollmachten beschnitten werden.

„Hau ab, hau ab“, riefen erboste Rentner, als Renzi im Mai die Rednertribüne beim Fest der alten kommunistischen Parteizeitung „L’Unità“ in Bologna betrat. Die Veranstalter hatten Musik von Queen auflegen lassen – „I want to break free“ –, aber Renzi sah sich umzingelt: von Lehrern, die gegen die Schulreform protestierten, und von jungen Menschen mit Trillerpfeifen. Der Premier brüllte gegen den Lärm an, gab den Patrioten und sagte, sein Ziel sei es, „Italien wieder dahin zu bringen, dass es an sich selbst glaubt“.

Renzis Verbündete verweisen darauf, dass auch die Reformen Gerhard Schröders erst nach fünf Jahren gewirkt hätten. Aber ob dem Regierungschef auf der leicht zu erschütternden Politbühne Italiens so viel Zeit gewährt wird? Das Land zwischen Bozen und Palermo beklagt unvermindert die EU-weit zweithöchste Staatsverschuldung; auch hält der Exodus vor allem qualifizierter junger Menschen ins Ausland an.

Renzi hingegen, der Optimist, verweist darauf, dass Fiat erstmals seit Jahren im süditalienischen Melfi wieder Arbeiter einstelle; dass seine Reformen griffen und die Unkenrufer, in Italien „Eulen“ genannt, sich noch wundern würden. Ein „Vietnam“ im Herbst? Sollten die Parteifreunde ihre Drohung wahr machen und den Aufstand proben, dann wird er sich, das verraten Vertraute schon jetzt, im Senat andere Verbündete suchen – bei Silvio Berlusconi oder bei dessen einstigen Mitstreitern.

Die Partei des einstigen Langzeitpremiers Berlusconi liegt in Umfragen inzwischen bei nur noch zehn Prozent. Das Phänomen scheint erledigt. Übersteht Renzi den Herbst schadlos, dann könnte auch sein innerparteiliches Problem gelöst sein. Das dafür nötige Maß an Ruchlosigkeit und Selbstbewusstsein bringt der Premier jedenfalls mit. Er, der sich selbst den Kampfnamen „Verschrotter“ verlieh, will sein Land in die Jetztzeit holen. Dorthin, wo die meisten anderen europäischen Länder schon sind.

Italien, so Giuliano Ferrara, der in jeder Hinsicht schwergewichtige Gründer des Querdenkerblatts „Il Foglio“, sei reich – auch an Menschen, die ihr Land für unveränderbar halten und die diese Sicht verbreiten. Renzi hingegen habe beschlossen: „Denen muss man Italien wegnehmen.“

Schreibt Ferrara. Und, dahinter: „Er hat recht.“

Walter Mayr

Mail: walter\_mayr@spiegel.de

FOTO: OLIVIER MORIN / AFP